

8. SEP. 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/169

Bonn, den 3. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
 setzt mein Werk fort	21
	CHRIST UND WEBER zeigt, wie man das macht	
1	<u>Der Schwindel mit der 35-Stunden-Woche</u>	19
	"Es sollen keine Beispiele gesetzt werden, die einen Standard für Forderungen auch dort auslösen, wo sie einfach nicht zu erfüllen sind." Ludwig Erhard im Deutschen Bundestag am 25. 6. 1964	
1a	<u>In der Schlußphase</u>	48
	Zwei Wochen vor dem 19. September	
2	<u>Noch eine Entstellung</u>	50
	Kann Erhard keine Statistik lesen ?	
3	<u>Längerfristige Budgetpolitik</u>	47
	Eine Forderung der Zeit	
4	<u>Hessens EKV-Test gibt ein Beispiel</u>	45
	Erfolgreiche Vorsorgeuntersuchungen Interesse in allen Teilen des Bundesgebietes	
5	<u>Aktionsunfähige CDU - Zerstrittene Regierung</u>	42
	Adenauer will jetzt de Gaulle vor seinen Karren spannen	
	Von * * *	
	+ + +	

"... setzt mein Werk fort"

CHRIST UND WELT zeigt, wie man das macht

sp - Auf Wahlplakaten der CDU kann man neben dem Bild des milde lächelnden Altbundeskanzlers Adenauer lesen, "Ludwig Erhard setzt mein Werk fort". Das glaubt zwar niemand, aber es hört sich schön an. Die Wochenzeitung CHRIST UND WELT, ein Blatt, von dem nicht zu Unrecht gesagt wird, daß der Bundestagspräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Dr. Eugen Gerstenmaier, schützend seine Hand darüber hält, stellt treffend dar, wie unwahrhaftig die CDU-Propaganda ist. Von Adenauer sagt CHRIST UND WELT:

- * "Der alte Kämpe streitet wie eh und je für die CDU. Ob er auch
- * für Erhard streitet, steht mehr als dahin. Der Name seines
- * Nachfolgers im Kanzleramt taucht in Adenauers Reden nicht auf,
- * auch wenn er im Laufe eines Nachmittags und Abends nicht weni-
- * ger als sieben Ansprachen hält. Kanzler und Altbundeskanzler ope-
- * rieren als Wahllokomotiven auf g e t r e n n t e n Gleisen."

Das Bild von den getrennten Gleisen ist treffend. Und da die Freunde des Herrn Gerstenmaier in CHRIST UND WELT über die Intentionen des Herrn Adenauer bestimmt gut informiert sind, können wir sicher sein, daß Erhard n i c h t das Werk Adenauers fortsetzt, sondern längst auf einer anderen Gleise operiert, oder vielleicht sogar operiert wird.

+ + +

Der Schwindel mit der 35-Stunden-Woche

"Es sollen keine Beispiele gesetzt werden, die einen Standard für Forderungen auch dort auslösen, wo sie einfach nicht zu erfüllen sind."

Ludwig Erhard im Deutschen Bundestag am 25.6.1964

H.B.-er. - Millionen Menschen haben die hochstaplerische CDU-Wahlanzeige gelesen, in der dem Wahlvolk versprochen wird, 1975 werde in der Bundesrepublik nur noch 35 Stunden wöchentlich gearbeitet, und das bei Durchschnittslöhnen von 7,84 DM pro Stunde. Und Millionen Menschen haben es am Donnerstagabend am Zweiten Deutschen Fernsehen miterlebt, wie Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier auf das harte Drängen des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt von diesen hochstaplerischen Wahlversprechungen sich distanzieren mußte. Der Schwindel ist geplatzt!

CDU-Propaganda-Sprecher Dr. Ratke, am Zustandekommen der Peinlichkeit sicher nicht unbeteiligt, versucht sich jetzt hinter der dem derzeitigen Bundeskanzler recht nahestehenden "Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung" in Nürnberg zu verstecken. Aber auch in Nürnberg sind die CDU-Herzen abgeplatzt, denn gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" erklärte die "GfK", sie habe keine Stundenlohnberechnung vor 1975 vorgenommen.

Was ist nun richtig, was ist falsch? Sicher ist nur, daß Millionen Menschen die CDU-Propaganda als das erkannt haben, was sie ist: unlauter und unseriös, ganz und gar auf Dummenfang ausgerichtet.

In der Schlußphase

Zwei Wochen vor dem 19. September

sp - Nur noch zwei Wochen trennen uns von dem 19. September, dem Tag der fünften Bundestagswahl. Die Parteimaschinen laufen auf Hochtouren, über tausende von Versammlungen, über Rundfunk und Fernsehen erfolgt die Werbung um die Gunst des Wählers, und an hunderttausenden von Plakattafeln prangen die Konterfeis der Kandidaten. Die Parteien und deren Redner schenken sich gegenseitig nichts, es geht bisweilen auch hart zu; das gehört zum Handwerk. Der Wahlkampf vollzieht sich äußerlich zu meist in ruhigen Formen. Nur dort, wo die Redner unsachlich werden und zum Tiefschlag ansetzen, begegnen sie heftigen Widerspruch und Protesten; das mußte der noch amtierende Bundeskanzler einige Male an sich selbst erfahren. Die Verkettung des politischen Gegners kommt eben nicht mehr an, besonders die jüngere Generation ist davon angewidert.

Die Entscheidung über die neue Zusammensetzung des Bundestages und über den Anspruch auf die Führung der deutschen Politik für die nächsten vier Jahre fällt zwischen den Sozialdemokraten und den Unionsparteien. Beide großen Parteien liegen einander hart auf den Fersen. Die SPD liegt sogar etwas vor und hat alle begründete Aussicht, den Sieg an ihr Panier als wählerstärkste Partei zu heften. Sie tritt als geschlossene Phalanx auf, von ihrem weitgefächerten Programm, das sich orientiert an den Notwendigen, geht die größere Ausstrahlungskraft aus. Es bestimmt die in-nonpolitische Themenstellung. Das Programm greift nicht nach den Sternen, seine Nüchternheit hebt sich wohltuend ab von den verschwommenen und im Nebulösen sich verlierenden Vorstellungen der "formierten Gesellschaft" des Herrn Professor Erhard.

Der SPD-Kandidat, Willy Brandt, hat an Statur gewonnen; das sagen nicht nur seine Freunde, auch frühere Kritiker mußten ihr Urteil korrigieren. Sein Gegenspieler neidet die direkte Auseinandersetzung mit ihm im Fernsehen, er weiß schon warum. Er würde vor dem Wählervolk in offener Konfrontation keine gute Figur abgeben.

Die Unionsparteien leiden unter einem doppelten Handicap. Sie führen, verbraucht und geschwächt, im Innersten selbst unsicher, den Angriff gegen die Sozialdemokratie. Gleichzeitig aber strapaziert die niemals beigelegte Fende zwischen Adenauer und Erhard ihre Nerven und nimmt ihren Angriffen der Schwung. Die außenpolitischen Sondertouren des CDU-Vorsitzenden, seine unqualifizierten Äußerungen über die Genfer Abrüstungsvorschläge der USA stürzten selbst treueste CDU-Gefolgsleute in Verwirrung und Entsetzen. Eine in sich uneinige, von neu aufgeflamnten Richtungskämpfen erschütterte Partei offeriert sich dem deutschen Wähler; sie weiß nicht einmal, ob sie am Tage nach der Wahl an Erhard festhalten wird und kann. Er dient nur noch als Aushängeschild; der bei den Unionsparteien schon jetzt entbrannte Streit, wer eigentlich die künftigen Koalitionsverhandlungen führen soll, wirft ein bezeichnendes Licht auf deren innere, schwer angeschlagene Verfassung.

Und die Freien Demokraten? Ihnen sitzt die Furcht im Nacken. Das Wunder ihres Wahlerfolges vom Jahre 1961 wird sich nicht wiederholen. Sie haben mit gewaltigen Einbußen zu rechnen. Neben den zwei Großen ist ihnen das Los eines Zwerges beschieden.

Die übrigen Bewerber um Mandate im künftigen Bundestag haben keine Chancen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Sie scheitern an der politischen Urteilskraft des Wählers. Jede Stimme, für sie abgegeben, ist verloren, sie hat kein Gewicht. Wer will schon zum verlorenen Haufen zählen?

Noch eine Entstellung

Kann Erhard keine Statistik lesen ?

E.H. - Der gegenwärtig noch regierende Bundeskanzler scheut vor keiner Verdrehung und Unwahrheit zurück, wenn es darum geht, den innenpolitischen Gegner zu diffamieren. Erst vor kurzem noch reiste Erhard durch die deutschen Lande, und schimpfte auf die vermeintliche Ausgabenfreundlichkeit der SPD; auch dabei bediente er sich der Methode, die Schuld für seine schlechte Politik bei anderen zu suchen. Eine Untersuchung des Bundesfinanzministeriums förderte dann die für Erhard blamable Tatsache zutage, daß alle sogenannten Wahlgeschenke auf Anträge und Gesetzentwürfe der Bundesregierung oder der Koalitionsfraktionen zurückzuführen sind.

Nun, eine ganz ähnliche Verdrehung leistet sich der "Wirtschaftsprofessor" zur Zeit ebenfalls. In einem im "Industriekurier" vom 26. August 1965 veröffentlichten Interview sagte er wörtlich: "Man sollte die Erfahrungstatsache nicht vergessen, daß eine sozialistische Politik nach weltweiter Erfahrung die Geldwertstabilität am meisten gefährdet. Das beweist deutlich der besonders starke Anstieg der Lebenshaltungskosten gerade in den sozialistisch regierten Staaten Europas."

Wir lassen zunächst einmal dahingestellt, ob Erhard diese Ausführungen in naiver Unkenntnis gemacht hat, oder ob er von seinen "Hohmännern" bewußt falsch informiert wurde. Immerhin beweist das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1965, das Gegenteil der Erhard'schen Erfahrungstatsache. Danach sind nämlich die Lebenshaltungskosten seit 1958 in Europa am stärksten in den konservativ bzw. christlich-demokratisch regierten Ländern Spanien, Türkei, Frankreich und Italien gestiegen. Ausgehend von Basisjahr 1958 = 100 hatte die Türkei bereits 1964 die Indexziffer von 157 erreicht. Im März 1965 ergab sich für Spanien ein Lebenshaltungsindex von 152, für Frankreich von 135 und für Italien von 128. Diese vier nicht-sozialdemokratisch regierten Länder stehen mit weitem Abstand an der Spitze der Preissteigerungen in Europa. Erst dann folgen Norwegen mit Indexziffer 124, Schweden mit 123, Österreich mit 121, England mit 118, die Niederlande mit 117, die Bundesrepublik und die Schweiz mit je 116. Angesichts des enormen Preisauftriebs seit 1964 (+ 4,2 Prozent) dürfte die Bundesrepublik zur Zeit in der Skala der schleichenden Inflation jedoch weit nach vorn gerückt sein. Dabei ist zu bedenken, daß im Preisindex die starken Steigerungen der Lebensmittelpreise nur ungenügend zum Ausdruck kommen. In Wirklichkeit sind bei uns von Juli 1964 bis Juli 1965 Roggenbrot um 8 Prozent, Rindfleisch um 11 Prozent, Eier um 15 Prozent und Kartoffeln fast um 35 Prozent teurer geworden!

Die relativ stabilsten Preise Europas hatten Belgien, wo die Sozialdemokraten schon seit vielen Jahren an der Regierung beteiligt sind, mit 113 und Luxemburg mit 110 Indexpunkten. In Portugal sind die Preise genauso stark angestiegen wie in England. Astronomische Preiserhöhungen - ebenfalls auf der Basis 1958 = 100 - weisen die konservativ regierten südamerikanischen Staaten Argentinien mit Ziffer 684, Brasilien mit 1 803, sowie Chile mit 459 auf.

Dies ist also Erhards weltweite Erfahrung. Von einem Professor, auch wenn er nur Honorarprofessor ist, könnte man eigentlich erwarten, daß er seine Worte auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Aber im Wahlkampf hat die Erhard'sche Redlichkeit und Wahrhaftigkeit anscheinend Urlaub.

Längerfristige Budgetpolitik

Eine Förderung der Zeit

H.E. - Die SPD hat die Öffentlichkeit über die Finanzierungsmöglichkeiten ihres Regierungsprogramms für die 5. Wahlperiode unterrichtet, und erstmals eine Vorausschau über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung beim Bund von 1966 bis 1969 gegeben. Die bisherige Bundesregierung bejahte zwar mit Worten die Notwendigkeit einer längerfristigen Budgetpolitik, aber sie ließ keine Taten folgen. Die wissenschaftlich fundierte SPD-Prognose ist wegen ihrer Ungewohntheit zunächst mit einiger Skepsis - von der Böswilligkeit aus bestimmter Richtung wollen wir hier absehen - aufgenommen worden. Inzwischen haben die sachverständigen Kritiker das Beispiel der SPD anerkannt und werten es positiv.

Im fortschrittlichen, sozialdemokratisch regierten Land Hessen wird der Große Hessenplan verwirklicht, in dem die Wirtschafts- und Infrastruktur des Landes und die Zielvorstellungen für die nächsten zehn Jahre verdeutlicht sind. Zu diesem Investitionsrahmenplan wurde jetzt ein Steueratlas für Hessen als ergänzende Steuerertrags- und Finanzkraftanalyse herausgegeben, der zugleich für die Verwirklichung der seit langem angestrebten großen Finanz- und Steuerreform eine wertvolle und bisher im Bund einmalige Arbeitsunterlage darstellt.

Auch in Österreich wird eine Phase moderner, längerfristiger Budgetpolitik eingeleitet. Auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates hat der Finanzminister dem Parlament jetzt eine erste Budgetvorschau für den Zeitraum 1965 bis 1968 vorgelegt, die auf einer Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung beruht. Damit soll in erster Linie dem Parlament ein Eindruck über künftige Bewegungsfreiheiten auf dem Gebiet der Ausgaben ermöglicht und durch Versachlichung eine Überforderung des Staatshaushaltes vermieden werden. Ziel der Vorausschau ist eine Rationalisierung der Budgetpolitik; auch die Wirtschaft soll dadurch eine wichtige Orientierungshilfe erhalten. Mit Bedauern ist festzustellen, daß in der Bundesrepublik die Versuche der bisherigen Bundesregierung, eine längerfristige Haushaltspolitik zu betreiben, über die allerersten Ansatzpunkte nicht hinausgediehen ist. Auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion hatte die Bundesregierung bei der Vorlage des Bundeshaushalts 1965 für die Bundesfinanzen einen Dreijahresüberblick für 1965 bis 1967 gegeben; er ist inzwischen weitgehend überholt und unbrauchbar geworden. Die Bundesregierung hat es versäumt, ihn den Beschlüssen zum Bundeshaushalt 1965 anzupassen und in revidierter Fassung dem Parlament vorzulegen. Dieses Versäumnis der Regierung Erhard dürfte zu den überhöhten Ausgabeentscheidungen der letzten Monate beigetragen haben, die für die nächste Bundesregierung ein schweres Erbe darstellen.

Wenn eine Regierung es versäumt, Überlegungen für eine längerfristige Haushaltsplanung anzustellen, dann verwundert es auch niemanden mehr, daß das Haushaltsvolumen unkontrolliert die volkswirtschaftlich angemessene Grenze übersteigt oder daß wichtige Aufgaben vernachlässigt werden.

Hessens PKU-Test gibt ein Beispiel

Erfolgreiche Vorsorgeuntersuchungen

Interesse in allen Teilen des Bundesgebietes

sp - Vor kurzem gab der hessische Gesundheitsminister Heinrich Hensath bekannt, daß drei Neugeborene vor schweren Hirnschädigungen bewahrt werden konnten und damit drei Familien unendliches Leid erspart wurde. Diesen Erfolg zeitigten bereits in den ersten Monaten die in Hessen als erstes Land der Bundesrepublik durchgeführten Untersuchungen zur Früherkennung von angeborenen Stoffwechselstörungen.

Hinter der Kurzbezeichnung PKU verbirgt sich der komplizierte Name: Phenylketonurie. Es handelt sich um ein erbliches Leiden, das bei Neugeborenen noch nicht erkennbar ist. Vollkommen geistig und körperlich gesunde Eltern können ein Kind bekommen, das wegen einer Erbanlage mit Stoffwechselanomalien geboren wird, die zu schweren Hirnschädigungen führen können. Das bedeutet für das Kind, wenn es körperlich gesund heranwächst, lebenslanges geistiges Nichtum und für die Eltern unendliches Leid.

Um das weitestgehend zu verhindern, hat man nach umfangreicher wissenschaftlicher Forschungsarbeit an der Universitätsklinik Marburg im April letzten Jahres ein größeres Untersuchungsprogramm zur Früherfassung der durch eine Phenylketonurie geschädigten Neugeborenen aufgestellt. Bis März 1965 wurden das Blut oder der Urin von 90 500 Neugeborenen getestet. Darunter waren drei positive Fälle. Selbst wenn unter diesen 90 500 Untersuchungen nur ein Fall dieser folgenschweren Erbanlage festgestellt worden wäre, so würden die vom Land Hessen geförderten Vorsorgemaßnahmen gerechtfertigt sein.

Minister Hensath will mit Hilfe der Ärzteschaft und der Hebammen erreichen, daß das Blut oder der Urin eines jeden Neugeborenen vorsorglich PKU-getestet wird. An der Universitätsklinik Marburg wurde deshalb eine zentrale "Klinische Untersuchungsstelle" eingerichtet. Heinrich Hensath macht alle Eltern darauf aufmerksam, daß sie die kostenlose Vorsorge-Untersuchung gleich nach der Geburt des Kindes fordern sollten, gleichgültig, ob die Entbindung in einer Klinik oder zu Hause erfolgt.

Wie wichtig diese in Hessen eingeführten Vorsorge-Untersuchungen sind, beweist das Interesse der Städte Hamburg, Düsseldorf, Bremen und der Universitätsstadt Freiburg, die dafür ihr Personal an der zentralen Untersuchungsstelle in Marburg ausbilden lassen. Das Land Nordrhein-Westfalen will den PKU-Test übernehmen (er ist im neuen MWR-Mütterpaß schon vermerkt), ebenfalls das Land Rheinland-Pfalz. In Hessen soll das PKU-Programm auf das ganze Land ausgedehnt werden. Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit gehört in den Mittelpunkt der großen nationalen Gemeinschaftsaufgabe Gesundheitsvorsorge. Es ist ebenso erfreulich wie bescheidend, daß Hessen auch auf diesem wichtigen Teilgebiet mit dem PKU-Test ein Beispiel gesetzt hat.

Aktionsunfähige CDU - Zerstrittene Regierung

Adenauer will jetzt de Gaulle vor seinen Karren spannen

Vor * * *

Vierzehn Tage vor der Bundestagswahl muß die CDU versuchen, ihrer seit Monaten vorbereiteten Wahlkampagne eine andere Richtung zu geben. Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer ist nicht davon zu überzeugen, daß die CDU-Propaganda ungläubwürdig wird, wenn er auch weiterhin den als "Wahllokomotive" designierten und noch amtierenden Bundeskanzler Professor Erhard geflissentlich in seinen Ansprachen ignoriert. Als man kürzlich Adenauer darauf aufmerksam machte, auf den Wahlplakaten mit seinem Bild stünde der Satz, Erhard setze das Werk Adenauers fort, hat der Alte aus Rhöndorf geantwortet, ihm sei davon nichts bekannt. Wenn er zu bestimmen gehabt hätte, wäre ein solcher Plakattext nicht herausgegangen worden...

Versuche prominenter CDU-Politiker, den Altbundeskanzler zu bewegen, sich öffentlich für Erhard einzusetzen, gelten in den Führungsgremien der CDU ebenfalls als gescheitert. Es ist sogar bekanntgeworden, daß sich Adenauer in den letzten Tagen zweimal weigerte, einen seiner Stellvertreter im Parteivorsitz zu einer Unterredung zu empfangen.

Die Motive des Verhalten Adenauers werden unterschiedlich beurteilt. Einmal wird in den CDU-Führungsgremien behauptet, Adenauers persönliche Abneigung gegen Erhard sei so groß, daß ihn nicht einmal die Furcht vor einer Wahlniederlage davon abhalten könne, seinen Wahlkampfstil zu ändern. Andererseits wird jedoch vermutet, Adenauer wolle in den letzten Tagen vor der Wahl mit Hilfe des französischen Staatspräsidenten de Gaulle eine Europa-Politik ansteuern, die praktisch auf eine Isolierung der Amerikaner im westlichen Bündnis hinausgehe. Zu diesem Zweck habe Adenauer Verbindungen zu de Gaulle aufgenommen. Der französische Staatspräsident will am 9. September auf einer Pressekonferenz "Fraktur reden" und bei dieser Gelegenheit erklären, daß nur er und Adenauer instande seien, das leckere Europa-Schiff auf der Grundlage von Vorstellungen wieder flott zu machen, die ein enges bilaterales Verhältnis zwischen Paris und Bonn und eine nur lose Verbindung zu den Amerikanern zweckmäßig erscheinen lassen. Um diesen zwischen de Gaulle und Adenauer vorbereiteten Eingriff in den Bundestagswahlkampf zu kontern, hat Bundesaußenminister Schröder den deutschen Botschafter in Paris, Dr. Klaiber, beauftragt, beim französischen Auswärtigen Amt vorstellig zu werden und daran zu erinnern, daß die Bundesregierung außer der deutsch-französischen Freundschaft auch die atlantische Partnerschaft befürworte.

Es ist also in den letzten Tagen des Wahlkampfes mit einigen Überraschungen zu rechnen, die noch deutlicher als bisher das Durcheinander in den Regierungsparteien und in der Bundesregierung selbst zeigen werden.

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Postfach 10 15 50 Bonn

8. SEP. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/170

Bonn, den 6. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Schwer angeschlagen 45

Zur Wahlkampfstrategie der "Unions"-Parteien

2 - 3 Privatmann auf Wahlreise 91

Unterwegs mit Günter Grass

Von Manfred von Scheven

4 Cyrankiewicz bei de Gaulle 41

Übereinstimmungen und Gegensätze zwischen Paris und Warschau

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5 - 6 Am Schalthebel der Kontrolle (I) 92

Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß

des 4. Deutschen Bundestages

Von H.G. Ritzel, MdB

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Bäunerscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel